

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
zieht eine Bilanz der Kohl-
Koalition: Negativ-Rekord
bei günstiger Wirtschaftslage.
Seite 1

Michael Müller MdB kommentiert
die Öffentlichkeitsarbeit
der Grünen zur Umweltpolitik:
Doppelspiel.
Seite 4

Dokumentation:

Barbara Simons, SPD-Europa-
abgeordnete, setzte sich auf
einer Konferenz in Washing-
ton mit der Südafrika-Politik
der EG und der Bundesregie-
rung auseinander. Auszüge
aus ihrem Referat

Seite 5

41. Jahrgang / 243

19. Dezember 1986

Die Negativ-Rekord der Kohl-Koalition

Bei günstigen Wirtschaftsdaten geht es in vielen Bereichen abwärts

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die wirtschaftlichen Daten sind heute günstiger als im Jahre 1982. Das ist nicht nur bei uns so, daß ist weltweit so. Und im weltweiten Vergleich der Industrienationen hat sich die Position der Bundesrepublik gegenüber unserer Regierungszeit weder verbessert noch verschlechtert. Günstig wirken sich - zunächst - auch der starke Rückgang des Ölpreises, der in den letzten Monaten von 620 DM auf rund 200 DM pro Tonne gefallen ist, der sinkende Dollarkurs und die in den letzten Jahren um 30 Prozent gesunkenen Rohstoffpreise insgesamt aus.

Dem steht allerdings eine Vielzahl negativer Fakten und Werte gegenüber. Auf wichtigen Gebieten handelt es sich dabei um die schlechtesten Werte seit Gründung der Bundesrepublik, also Negativrekord.

Das sind die bemerkenswertesten:

E r s t e n s: Ende November 1986 waren noch immer über zwei Millionen oder 8,3 Prozent aller abhängig Beschäftigten als Arbeitslose registriert. Korrekterweise müssen zu dieser Zahl noch die 41.000 58- und 59jährigen hinzugerechnet werden, die zwar auch arbeitslos sind, aber auf Veranlassung der Kohl-Koalition aus der Statistik gestrichen worden sind.

Das heißt: Die Arbeitslosigkeit verharrt unverändert auf Rekordniveau. Sie liegt im vierten Jahr der Kohl-Regierung noch immer deutlich höher als am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt.

Nur ein Drittel der gemeldeten Arbeitslosen erhält Arbeitslosengeld, nur ein weiteres Viertel erhält Arbeitslosenhilfe. Etwa 40 Prozent erhalten weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Sie sind auf die Unterstützung ihrer Angehörigen und auf die Sozialhilfe angewiesen.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich um ein Viertel gegenüber dem November 1985 erhöht.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemmlinger Litografie
mit wertvollen Maßnahmen
Kreuzung-Papier



14 Prozent der Jugendlichen, die in diesen Tagen ihre berufliche Ausbildung beenden, werden von ihren Betrieben nicht übernommen und arbeitslos. 1982 lag diese Quote bei acht Prozent.

Zweitens: Die Zahl der Haushalte, die laufend Sozialhilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ist seit 1981 von 757.000 um 285.000 auf 1.042 Millionen im Jahre 1984 gestiegen. Dementsprechend sind auch die Sozialhilfaufwendungen von 16,3 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 20,8 Milliarden DM im Jahre 1985 gestiegen. Beides sind absolute Minus-Rekorde seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949.

Der Anteil der Haushalte, die wegen Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Mitglieder auf Sozialhilfe angewiesen sind, an der Gesamtzahl der Haushalte, die Sozialhilfe beziehen, hat sich von 17,4 Prozent im Jahre 1981 auf schätzungsweise 33 Prozent in diesem Jahr erhöht.

Drittens: Im Jahre 1985 gab es fast 19.000 Insolvenzen. Darunter sind nahezu 14.000 Pleiten von Unternehmen und Freiberuflern. Der Rest sind Zahlungsunfähigkeiten im persönlichen Bereich. Dies ist die höchste Zahl von Unternehmens- und Privatpleiten seit 1949.

Viertens: Die Zahl der Zwangsversteigerungen von Immobilien ist 1985 auf über 66.000 gestiegen. Dies ist die höchste Zahl von Zwangsversteigerungen seit 1949. Seit der Wende, dem Amtsantritt von Bundeskanzler Kohl, hat sich diese Zahl über 25 Prozent erhöht, allein vom Jahre 1984 auf 1985 um zehn Prozent und der Trend geht weiter: Von August bis Oktober 1986 ist die Zahl der Zwangsversteigerungen um 58 Prozent gestiegen.

Fünftens: Die Abgabenbelastung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens ist von 39,9 Prozent im Jahre 1981 auf 42,7 Prozent im Jahre 1985 gestiegen. Das ist die höchste Abgabenbelastung seit 1949, und es soll so weitergehen: 1988 wird die Abgabenbelastung eines durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens bei 44 Prozent liegen.

Vom Weihnachtsgeld eines verheirateten Durchschnittsverdieners werden 1986 38 Prozent an Steuern und Abgaben abgezogen, bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener sogar 50 Prozent. Das sind die höchsten Belastungen des Weihnachtsgeldes seit 1949.

Von einem Bruttoeinkommenszuwachs von 136 Milliarden DM seit 1982 blieben den Arbeitnehmern nach Abzug von 62,7 Prozent für Steuern und Abgaben 50,7 Milliarden DM in der Tasche. In der gleichen Zeit wurden Unternehmern und Vermögensbesitzern von einem Einkommenszuwachs von 155 Milliarden DM nur 10,5 Milliarden DM, also 6,4 Prozent, weggesteuert. Das heißt: Noch nie hat sich Arbeit so wenig gelohnt, noch nie hat sich reich sein so ausgezahlt wie unter der Kohl-Regierung.

Gleichzeitig sank der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen seit 1982 um 8,2 Prozent auf 58,1 Prozent. Das ist der niedrigste Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Nettoeinkommen seit 1950 und das, obwohl der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl aller Erwerbstätigen um 15 Prozent auf 83 Prozent gestiegen ist.

Sechstens: Die Lohnsteuerquote stieg von 16 Prozent im Jahre 1982 auf 17,3 Prozent im Jahre 1986. Trotz der Steuerreform wird sie bis 1990 weiter auf 19,2 Prozent ansteigen. Das sind die höchsten Lohnsteuerquoten seit 1949.

Siebten: Die Rentenversicherungsbeiträge sind von 18 Prozent im Jahre 1982 auf 19,2 Prozent seit 1. Juni 1985 gestiegen. Das sind die höchsten Rentenversicherungsbeiträge seit 1949.

In der gleichen Zeit sind die Rücklagen der Rentenversicherung von 21 Milliarden DM auf 11,2 Milliarden DM geschrumpft.



A c h t e n s: Die durchschnittlichen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind Ende 1985 auf 12,2 Prozent gestiegen. Das sind die höchsten durchschnittlichen Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung seit 1949.

N e u n t e n s: Die Steuersubventionen, also die Vergünstigungen bei Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern, sind von 28,5 Milliarden DM im Jahre 1982 auf 44,5 Milliarden DM für das Jahr 1987 gestiegen. Das sind die höchsten Steuersubventionen seit 1949.

Z e h n t e n s: Die Investitionsquote des Bundeshaushaltes sinkt kontinuierlich. Nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung wird sie 1990 11,9 Prozent betragen. Das ist die niedrigste Investitionsquote seit 1949.

E l f t e n s: Die Finanzierungslücke des Bundeshaushaltes, also die Ausgaben, die nicht durch ordentliche Einnahmen gedeckt sind, belaufen sich für die Jahre 1983 bis 1988 auf 185 Milliarden DM. Das ist die größte Finanzierungslücke eines Bundeshaushaltes, die eine Bundesregierung je in einem Fünf-Jahres-Zeitraum seit 1949 zu verantworten hatte. Im Vergleichszeitraum der letzten fünf Jahre der Regierung Helmut Schmidt betrug die Finanzlücke 165 Milliarden DM.

Z w ö l f t e n s: Die Aufwendungen der Europäischen Gemeinschaft für die Agrarmärkte belaufen sich für 1986 auf rund 47 Milliarden DM. Dies sind die bei weitem höchsten Aufwendungen seit dem Beginn der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik im Jahre 1962. 1982, im letzten Jahr der Regierung Helmut Schmidt, betrug diese Aufwendungen nur 26 Milliarden DM.

Trotz dieser Aufwendungsexplosion hat sich die Lage der Bauern drastisch verschlechtert. Die Gewinne der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe sind im Wirtschaftsjahr 1983/84 im Vergleich zum vorhergegangenen Wirtschaftsjahr um 18,2 Prozent gefallen. Das ist der stärkste landwirtschaftliche Einkommensverlust innerhalb eines Jahres seit den Anfängen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, also seit dem Jahre 1962. Diese Verluste konnten im Wirtschaftsjahr 1984/85 nicht ausgeglichen werden.

Noch nie waren die Lager der Europäischen Gemeinschaft so voll wie jetzt. Eingelagert sind zur Zeit beispielsweise 1,4 Millionen Tonnen Butter - das ist zehnmal so viel wie 1982 -, fast 600.000 Tonnen Rindfleisch - dreimal so viel wie 1982 -, 16 Millionen Tonnen Getreide - fast zweimal so viel wie 1982. Die hohen Kosten für die Überschußverwertung sind der Hauptgrund dafür, daß von den gesamten Aufwendungen der Europäischen Gemeinschaft für die Agrarmärkte nur ungefähr ein Drittel bei den Bauern ankommt.

(-/19.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Doppelspiel

Zur umweltpolitischen Öffentlichkeitsarbeit der Grünen

Von Michael Müller MdB

1983 sind die Grünen mit dem Anspruch einer „neuen politischen Kultur“ in den Bundestag eingezogen. Zweifellos haben die Grünen - aber welche neue Fraktion hätte das nicht getan - der Politik neue Impulse gegeben - meist allerdings lediglich stellvertretend für außerparlamentarische Gruppen. Die Grünen haben aber als Partei bislang nicht versucht, ihre Einzelforderung in ein reformpolitisches Konzept umzusetzen - sie können es auch angesichts ihrer innerparteilichen Spannungen und Meinungsunterschiede nicht.

Statt konkreter Politikgestaltung wollen sie statt dessen andere Parteien „entlarven“ und „aussteigen“ und zeigen gleichzeitig vor Ort ein beträchtliches Maß an „Flexibilität“.

- 0 Während die Grünen zum Beispiel auf Bundesebene den Sofortausstieg aus der Kernenergie fordern, und die SPD mit ihrer Zehn-Jahres-Umstiegspolitik als unglaublich hingestellt wird, vertreten grüne Bundestagskandidaten vor Ort den Einstieg in den Ausstieg.
- 0 Während die Grünen zum Beispiel bei der Beratung von Umweltthemen in den Fachausschüssen oft fehlen, versuchen sie in der Öffentlichkeit den Eindruck der konsequenten Umweltpartei zu erzeugen.
- 0 Während die Grünen in der Öffentlichkeit ihre Bereitschaft zur rot-grünen Zusammenarbeit signalisieren, lehnen sie aus parteipolitischer Taktik oft auch SPD-Initiativen ab, obwohl sie zum Schutz von Gesundheit und Umwelt notwendig wären. (Beispiel: das Konzept für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik).

Ein krasses Beispiel dieses Doppelspiels ist das Bulletin der Bundestagsfraktion der Grünen, wo der SPD im Zusammenhang mit der Rheinvergiftung in mieser Form Unwahrheiten unterstellt wurden. Es werden grüne Forderungen aufgelistet, denen die SPD nicht zustimmen würde. Tatsächlich sind alle diese Forderungen in politischen Konzepten zur Chemie- und Wasserpolitik enthalten, die die SPD in den Bundestag eingebracht hat und die zum Teil ohne Präsenz der Grünen im Ausschuß behandelt und abgelehnt wurden.

Es ist falsch, die Grünen politisch auszugrenzen; genauso falsch ist es aber auch, zu politisch fragwürdigen Methoden der Grünen zu schweigen. Vor allem im Interesse des Schutzes der Umwelt ist eine seriöse Politik erforderlich.

(-/19.12.1986/vo-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Barbara Simons: Unterstützung der Frontstaaten im südlichen Afrika muß ausgeweitet werden

Barbara Simons, SPD-Abgeordnete und Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, kommentierte am 18. Dezember auf einem Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington die Südafrika-Politik der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesregierung. Die Veranstaltung, an der unter anderem auch Chester Crocker, der Südafrika-Beauftragte der Reagan-Administration, die Botschafter Zimbabwes und Botswanas in den USA, ANC-Repräsentanten sowie Vertreter der schwedischen Regierung, der Vereinten Nationen und der Weltbank teilnahmen, hatte die „Rolle der internationalen Gemeinschaft im südlichen Afrika“ zum Thema. Nachfolgend dokumentieren wir in Auszügen das Referat von Barbara Simons.

Apartheid ist ein ausgefeiltes System politischer und ökonomischer Unterdrückung der Mehrheit der Menschen in Südafrika. Es ist ein rassistischer Kapitalismus mit hohen Gewinnspannen, garantiert durch die reichlich vorhandenen billigen Arbeitskräfte, denen nahezu alle sozialen Rechte und die öffentliche Fürsorge versagt wird. Dieses Ausbeutungssystem funktioniert nicht widerspruchsfrei, stößt vielleicht sogar mittlerweile an objektive Grenzen.

Die Überwindung der Apartheid bedeutet notwendigerweise auch eine Überwindung der Wirtschaftsstrukturen der Apartheid, der Befreiungskampf hat also notwendigerweise auch eine wirtschaftspolitische Zielsetzung in Richtung auf Demokratisierung der Wirtschaft, die eine tiefgreifende Kapitalismuskritik einschließt. Ob dieser Befreiungskampf evolutionären oder revolutionären Strategien folgt, sei dahin gestellt. Fest steht jedenfalls, daß das System der Apartheid nicht reformiert, sondern nur in seiner Gesamtheit abgeschafft werden kann.

Das Botha-Regime kämpft um den Fortbestand des zentralen Teils seiner Herrschaft. Es akzeptiert nicht, daß die Beendigung der Apartheid auch gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum des Landes bedeutet. Es stellt den Befreiungskampf des südafrikanischen Volks in seiner Ideologie dar als von außen gelenkte kommunistische Bedrohung und Beeinflussung.

Im gleichen Sinn versucht die südafrikanische Regierung die selbst verursachten innerstaatlichen Konflikte auf die Nachbarstaaten zu transportieren, als seien auch sie Werkzeuge des globalen Kommunismus. So erscheint nach dem Willen Pretorias die südafrikanische Ostabilisierungspolitik gegenüber Namibia, den Frontstaaten und den Staaten der Southern Africa Development Coordination Conference (SADCC) geradezu als eine freiheitsbewahrende Aufgabe im Weltmaßstab, stellvertretend übernommen für die westlichen Demokratien.

Diese, in sich höchst widersprüchliche, Politik und die ihr zugrundeliegende Ideologie im Interesse der eigenen Machterhaltung gilt es zu erkennen und zu entlarven. Erst dann läßt sich eine kohärente, friedensfördernde erfolgversprechende Politik der westlichen Kräfte für das südliche Afrika formulieren.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien verurteilen selbstverständlich die Apartheid als moralisch verachtenswert und menschenrechtswidrig. Sie teilen jedoch die Kommunismusideologie der südafrikanischen Regierung und haben darüber hinaus oder vielmehr wohl deswegen nur dürftige direkte Beziehungen zu namhaften Vertretern der demokratischen Opposition in Südafrika. Sie lehnen wirtschaftliche Maßnahmen als Druckmittel auf die Regierung in Pretoria ab. Der Bundesaußenminister hat diese Haltung mehrfach bekräftigt, die Regierung Kohl hält daran weiterhin fest. Den sehr begrenzten Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft hat sie lediglich aus den für sie prioritären Gründen des Gemeinschaftszusammenhalts zugestimmt, und sie widersetzt sich kategorisch einer noch ausstehenden Gemeinschaftsmaßnahme des Einfuhrverbots südafrikanischer Kohle.

Im übrigen ist ja in den letzten Wochen bekannt geworden, daß Mitglieder der Bundesregierung, vielleicht der Bundeskanzler selber, mit Sicherheit der insgeheim mitregierende bayrische Ministerpräsident Strauß, U-Boot-Konstruktionspläne nach Südafrika verkaufen ließen. Herr Strauß hat dazu in einem Interview die Auffassung vertreten, das Geschäft verstieße nicht gegen das Waffenembargo der Vereinten Nationen. Diese Erklärung entwertet das Völkerrecht, sie sagt sehr viel aus über den mangelnden Respekt des Herrn Strauß vor UN-Beschlüssen und entlarvt seine Kumpanei mit den Wafenhändlern.

Die offizielle Politik der Bundesregierung gegenüber dem südlichen Afrika ist zwar geprägt von entwicklungspolitischer Unterstützung der Frontstaaten und der SADCC-Staaten, diese Maßnahmen sind aber nicht als Teil einer systematischen Anti-Apartheid-Politik zu verstehen. Die inoffizielle Politik der die Bundesregierung tragenden Parteien reicht sogar von indirekter, aber niemals dementierter Unterstützung der Renamo in Mozambik bis hin zu offener Unterstützung von Savimbi und der Unita in Angola. Es handelt sich hier also um eine widersprüchliche Politik, eine Widersprüchlichkeit, die auch in der amerikanischen Politik des konstruktiven Engagements steckt, und wobei fragwürdig bleibt, welche deutschen beziehungsweise amerikanischen Interessen eigentlich übereinstimmen mit welchen Interessen in den jeweiligen Staaten der Region.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschland hat die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den SADCC-Staaten gefordert. Sie hat darüber hinaus im Bundestag einen Entwurf für ein Anti-Apartheid-Gesetz eingebracht in enger Anlehnung an das Anti-Apartheid-Gesetz der Vereinigten Staaten. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages, sonst gerne in Übereinstimmung mit der herrschenden Politik der Vereinigten Staaten, hat sich hier leider verweigert.

Die Europäische Gemeinschaft hat bei der Überwindung der Apartheid eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen. Sie wird dieser Aufgabe gegenwärtig nicht gerecht, und hierfür sind die Regierungen Großbritanniens und der Bundesrepublik verantwortlich. Das Europäische Parlament hat inzwischen mit Mehrheit die Forderungen der Sozialistischen Fraktion nach umfassenden, gezielten restriktiven Maßnahmen sowie entsprechenden positiven unterstützenden Maßnahmen für die Opfer der Apartheid in Südafrika, in den Flüchtlingslagern angenommen. Seinem Drängen ist es zu verdanken, daß die EG-Außenminister wenigstens einige Maßnahmen beschlossen haben.

Angesichts der Entwicklung im südlichen Afrika müssen die westlichen Industriestaaten sehr viel direkter und konkreter als bisher Unterstützung leisten für die Staaten, die unter Südafrika Aggression zunehmend leiden. Solche Unterstützung sollte sich vor allem auf den Ausbau und Schutz des transport- und Kommunikationswesens beziehen, auf die Landwirtschaft, auf die Entwicklung des Bergbaus. Solche Unterstützung sollte schließlich das Wichtigste erreichen, nämlich diesen jungen Staaten ihre eigene Lebensform zu sichern. Sie sind nicht der Hinterhof des Apartheidregimes, sie stellen nicht die Fundstellen „unserer“ Rohstoffe, sie sind nicht die Schachfiguren im globalen Stratego-Spiel der Weltmächte.

(-/19.12.1986/vo-hz/rs)

